

Zeitschrift: Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
Herausgeber: Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
Band: 97 (2003)
Heft: 3

Artikel: Der Tanz um die Gunst der Wähler
Autor: Ziegler, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-924153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Tanz um die Gunst der Wähler



Daniel Ziegler

Den Wählerinnen und Wählern steht am 18. Mai ein anstrengendes Abstimmungswochenende bevor. Sie werden mit einer Flut von Abstimmungsvorlagen konfrontiert sein. Nicht weniger als 7 Volksinitiativen, 2 Referenden, Kantonale und Kommunale Abstimmungen sowie Kantonale Wahlen stehen bevor. Unter ihnen befindet sich auch die Volksinitiative Gleiche Rechte für Behinderte. Diese Abstimmung geniesst unter den Behinderten eine breite Solidarität. Sie zu gewinnen, wird aber kein Kinderspiel sein. Dies sind sich die Task Force Verantwortlichen des Vereins Volksinitiative bewusst und handeln entschlossen.

Eine Kampagne zum Mitfühlen

Innert kürzester Zeit ist eine Kampagne auf die Beine zu stellen. Zwei Trümpfe gibt es auszuspielen: die Behinderten und ihre Organisationen, die ein erhebliches Potential darstellen und die erfolgreich zusammengebrachten finanziellen Mittel, die es ermöglichen, die Kampagne professionell zu führen.

Eine Task Force auf nationaler Ebene steuert die kantonalen Stützpunkte der Behindertenorganisationen. Diese wiederum koordinieren die regionalen Aktivitäten. Gemeinsam sollen nicht nur die Behinderten und ihr Umfeld, sondern eine breite Wählerschaft mobilisiert werden. Dazu wird eine professionelle Kampagne durch eine Kommunikationsagentur ausgearbeitet. Der Abstimmungskampf soll auf sympathische Weise, ohne Provokationen, geführt werden. Mit dem Motto Ja – zum freien Zugang und Ja zur Behinderteninitiative möchte man Mitgefühl und behindertenübergreifende Solidarität aufbauen. Die wichtigsten Botschaften der Kampagne lauten: "Menschenwürde steht vor Kosten. Jede Person kann es einmal treffen, sei es durch einen Unfall oder durch Gebrechen im Alter. Ein Freier Zugang bringt einen hohen Nutzen für alle Menschen, den

Behinderten an vorderster Front. Fussgänger, Eltern mit Kinderwagen, Reisende mit schwerem Gepäck, Betagte, Touristen haben einen Nutzen. Die Volksinitiative hilft, die Situation der behinderten Menschen schrittweise in wichtigen Lebensbereichen zu verbessern und ihre gesellschaftliche Integration zu fördern. Gleichzeitig werden die Kosten der Invalidenversicherung gesenkt. Es soll auch darauf hingewiesen werden, dass die Initiative massvoll formuliert und volkswirtschaftlich zumutbar ist. Dazu tragen angemessene Fristen für die Umsetzung bei. Die Volksinitiative bildet schlussendlich eine ideale Ergänzung zum Behindertengleichstellungsgesetz, welches erhebliche Lücken ausweist".

Die Geister scheiden sich

Die Behinderten und ihre Organisationen stehen geschlossen hinter der Volksinitiative. Ihre Kampagne "Freier Zugang und Ja zur Behinderteninitiative" hat zum Ziel, das Ja vom Volk und Stände zu erreichen. Ein gegnerisches Komitee, bestehend aus Vertretern der Wirtschaftsverbände ist daran, sich zu formieren. Der finanzielle Aufwand, mit dem die Kampagne geführt wird, ist noch nicht bekannt. Es wird damit gerechnet, dass kurz vor der Abstimmung mit "Schreckensbildern" (vor zu hohen Kosten) aufgefahren wird.

Ob der Abstimmungskampf für die Volksinitiative gewonnen werden kann, darüber gehen selbst in Behindertenkreisen die Meinungen auseinander. Optimisten sehen dafür intakte Chancen, Skeptiker hingegen warnen vor einem politischen Scherbenhaufen. Hier eine Übersicht ihrer wichtigsten Argumente:

Chancen, die Abstimmung zu gewinnen

Obwohl ein Abstimmungssieg ganz allgemein als ambitiös eingeschätzt wird, prognostizieren die Optimisten, die Initiative könne gewonnen werden. Seit dem Abstimmungssieg zur 4. IVG-Revision gelten die

Behindertenkreise als referendumsfähig und werden als politische Gruppierung ernst genommen. Allerdings muss es gelingen, die Kostenfrage bei der Umsetzung in den Hintergrund zu stellen und das Wahlpotential der Behinderten und ihrem Umfeld im Abstimmungskampf voll auszuschöpfen. Der Wille der Betroffenen, für die eigenen Anliegen einzustehen, muss für die Öffentlichkeit deutlich ersichtlich sein. Die Behinderten genießen bei den Medien ein Wohlwollen. Dies ist ein entscheidender Punkt, denn es gilt, an diesen Abstimmungsmarathon die Initiative "Freier Zugang" breit zu thematisieren und geschickt auf die vordersten Plätze zu hieven. Von Parteien und Politiker wird mit einer gewissen Zurückhaltung gerechnet, gegen diese Initiative anzutreten. Denn das Jahr 2003 ist Wahljahr. Niemand will es sich mit Wählern verderben. Es gilt, ein linkes Profil zu vermeiden und das Parteienprofil zu glätten um nicht Abwehrreflexe hervorzurufen. Vielmehr ist die persönliche Betroffenheit ins Zentrum der Kommunikation zu stellen. So können Wähler gewonnen werden, die beispielsweise die Gesundheitsinitiative befürworten.

Risiken, die Abstimmung zu verlieren

Die Skeptiker befürchten, dass mit einer Niederlage zu rechnen ist und die Behinderten dadurch ihren bisherigen Bonus verspielen könnten. Ihre Argumente begründen sie in der Tatsache, dass bisher die meisten Volksinitiativen abgelehnt worden sind. Bundesrat und bürgerliche Politiker finden die Volksinitiative unnötig. Sie können dabei auf viele Vorteile des neuen Gesetzes hinweisen. Es wird nicht ganz einfach sein, diese Argumente zu entkräften, um so mehr, als die Abstimmungsgegner das Schreckensgespenst von zu erwartenden hohen Kosten, bei abgeflauter Konjunkturlage an die Wand malen werden. Hier die Gemüter der Bevölkerung zu beruhigen und auf die Verhältnismässigkeit der Initiative hinzuweisen, wird eine grosse

Kunst sein. Auch warnen die Skeptiker davor, die Errungenschaften des neuen Behindertengleichstellungsgesetzes leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Eine Gesetzesrevision könnte thematisiert werden. Denn es ist zu befürchten, dass bei einer empfindlichen Abstimmungsniederlage (unter 40%) die Gegnerschaft aufwind erhalten könnte. Im schlimmsten Falle sei sogar mit negativen Auswirkungen auf die 4. IVG-Revision oder die bevorstehenden Beratungen zum Neuen Finanzausgleich zu rechnen. Auch die bevorstehende Diskussion um die zukünftige Finanzierung der IV mit Mehrwertsteuerprozenten könnte negativ beeinflusst werden.

Warum die Initiative nicht zurückgezogen werden darf

Die Sache der Behinderten ist ein stark spürbarer emanzipatorischer Prozess, der auch bei einer Abstimmungsniederlage nicht aufgehoben werden kann. Selbst bei negativem Resultat werden die Behinderten eine ernstzunehmende politische Kraft bleiben. Die Referendumsfähigkeit geht nicht verloren. Wie die Abstimmung auch immer ausgehen mag, sie bildet eine hervorragende Plattform zur Sensibilisierung der Bevölkerung. Die Identifikation der aktiven Behinderten mit der Initiative ist hoch. Ein Rückzug würde als Verrat der etablierten Organisationen an der eigenen Sache interpretiert und von weiten Teilen der Basis nicht verstanden. Dies könnte zu einer Zerreihsprobe führen. Ein geschlossener Auftritt in der Öffentlichkeit wäre dadurch verunmöglicht und die zukünftige Zusammenarbeit könnte erschwert sein. Es gilt also, mit einem gemeinsamen Kraftakt alles daran zu setzen, diese Volksinitiative zu gewinnen.

